

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postgebühren entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 43.

Angabenpreis: Die Anzeigenpreise sind für den Monat 20 Goldmarken, für den halbjährigen 100 Goldmarken, für den jährlichen 180 Goldmarken. Postgebühren sind extra zu zahlen.

Telegraphische Anzeigen: Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1009

Nr. 143

Dienstag, den 23. Juni 1925

20. Jahrgang

Die Stellung Amerikas und Englands im Sicherheitspakt.

In dem deutschen Memorandum vom 8. Februar wird die Frage eines Sicherheitspaktes folgendermaßen gelöst:

1. Deutschland verpflichtet sich, mit den am Rhein interessierten Mächten (vor allem England, Frankreich und Italien) für eine berechnete längere Periode keinen Krieg gegeneinander zu führen.
2. Die betreffenden Regierungen erwidern Amerika als Treuhänder, räumen damit den Vereinigten Staaten also das Ausschlagsrecht über diesen Vertrag ein.
3. Deutschland ist bereit, auch mit anderen Ländern ähnliche Schiedsverträge abzuschließen.

In der französischen Antwort vom 16. Juni wird in Artikel 1 darauf hingewiesen, daß ein derartiger Vertrag erst möglich ist, wenn Deutschland dem Völkerbunde angehört. In Artikel 3 wird darauf hingewiesen, daß zu den in dem Sicherheitspakt einzubeziehenden Mächten auch Belgien gehört. Der deutsche Vorschlag, Amerika als Treuhänder einzusetzen, wird in der französischen Antwortnote übergegangen. Artikel 7 sagt: „Es versteht sich endlich von selbst, daß Frankreich, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika dem so verpflichteten Abkommen beitreten zu können glauben, die Beteiligung des großen amerikanischen Volkes an diesem Werk des allgemeinen Friedens und der Sicherheit nur begrüßen könnte.“

Frankreich begrüßt also den etwaigen Beitritt Amerikas, schweigt aber über den Gedanken der Treuhänderschaft. Ob die Mächten mit Amerika über dieses Problem verhandelt haben und so zu dem Standpunkt gelangt, diese Frage offen zu lassen, ist unbekannt. Präsident Coolidge hat sich nurmehr über diese Frage selbst geäußert. Danach beharren die Vereinigten Staaten auf ihrer bisherigen Politik, sich nicht in die europäischen Politik einzumischen.

Wie „New York World“ aus Washington meldet, steht Präsident Coolidge keine Möglichkeit, wie die Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit den von Frankreich unterzeichneten deutschen Vorschlägen einwilligen könnten, Treuhänder für die Sicherheitspakt zu werden. Präsident Coolidge habe seine Stellung den Fragestellern des Weißen Hauses klargestellt. Er sei der Ansicht, daß Amerika gemeinsam mit den anderen Nationen an der Sicherheit Europas interessiert sei, doch trete er für die seit langem geübte Politik ein, daß sich die Regierung von Verpflichtungen, wie sie vorgeschlagen worden seien, zurückhalten müsse.

Mit der Stellung Englands im Sicherheitspakt beschäftigt sich eingehend die englische Presse. In einem „Wie weit ist Großbritannien verpflichtet“ überschriebenen Artikel weist der Londoner Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ auf die zahlreichen Zweifelsfragen und Widersprüche in der zwischen der britischen und der französischen Regierung in der Pakfrage vereinbarten Formel hin. Er drückt die Befürchtung aus, daß bei den bisherigen Verhandlungen auf französischer Seite größere Schwächung bewiesen wurde als auf britischer.

Im Leitartikel betont jedoch „Manchester Guardian“ daß es verfehlt sein würde, die veröffentlichten Dokumente so zu beurteilen, als ob sie der Wortlaut einer endgültigen Vereinbarung wären. Das Blatt schreibt, sie seien der Beginn einer Verhandlung, die Zeit brauchen werde und viele Fragen berühren müsse. Es könne zuversichtlich erwartet werden, daß im Verlauf der Verhandlungen, die folgen werden, die Unklarheiten beseitigt werden, und daß die in Betracht kommenden Regierungen klar wissen werden, was sie unterzeichnen falls die Verhandlungen zu einer Vereinbarung führen sollten. Das Blatt hebt hervor, daß die Dokumente einen Geist an den Tag legten, der voller Hoffnung für die Zukunft sei. Frankreich und Deutschland lernten, sich als Nachbarn anzureden. Dies alles sei ein großer Gewinn und es sei zu hoffen, daß bei der öffentlichen Erörterung der Paktvorschläge Politiker und Publizisten versuchen werden, diesen Geist aufrechtzuerhalten.

Im oben erwähnten Artikel des Londoner Sonderberichterstatters des „Manchester Guardian“ wird im einzelnen ausgeführt, ein besonderer Punkt, der eine sofortige Klärung erfordert, sei folgender: Würde die britische Regierung zum Krieg mit Deutschland sein, wenn Deutschland Krieg gegen Polen führt? Im Teil 4 der französischen Note an Berlin würden zwei sich ansehend widersprechende Grundsätze verkündet, und Chamberlain erklärte in seiner Note an Irland vom 8. Juni, daß die briti-

sche Regierung „dem Teil 4 der beabsichtigten Antwort, wie sie augenblicklich entworfen ist, zustimmt“. Der Berichterstatter fragt: Was die in Teil 4 der französischen Antwort erwähnte „sofortige Operation“ bedeutet? Sei darunter zu verstehen, daß die Garantien einschließlich Großbritannien zu einer sofortigen Aktion unabhängig vom Völkerbund verpflichtet sind, falls Deutschland zur Gewalt übergeht? In seinem Memorandum vom 19. Mai schrieb Chamberlain, „die französische Regierung kann aber sogar im letzteren Fall kaum eine tatsächliche Zwangsaktion in Aussicht nehmen, ohne vorherige Bezugnahme auf ein Verfahren für die friedliche Regelung, wie zum Beispiel auf den Völkerbundsrat in Übereinstimmung mit den allgemeinen Bestimmungen der Völkerbundsatzung. Dies ist ein wichtiger Punkt.“ Der Berichterstatter des „Manchester Guardian“ fragt, ob die britische Regierung in einer am 19. Mai als „wichtiger Punkt“ angesehenen Frage nachgegeben habe? Von amtlicher Seite sei darüber keine Klärung zu erlangen. Bezugnehmend auf den im französischen Entwurf angeführten Punkt, daß der Schiedsgerichtsvertrag „auf alle Streitigkeiten Anwendung finden müsse“, sowie auf Abänderung dieses Satzes durch die britische Regierung mittels der Einigung der Einschränkung „zwischen Frankreich und Deutschland“, bemerkt der Berichterstatter, diese Einschränkung bedeute nichts, denn wenn Deutschland Polen angreife, so würde ein Streit zwischen Deutschland und Frankreich infolge des Artikels 3 des franco-polnischen Vertrages entstehen, und Großbritannien als Garant würde zu aktiver Intervention auf Seiten Frankreichs verpflichtet sein, falls Deutschland Polen angreift. Der Berichterstatter bezeichnet als dringend notwendig, daß die britische Regierung die öffentlichen Besorgnisse bezüglich dieses Paktes behebt.

Neue Note der Mächte an China.

Die europäischen Gesandtschaften in Peking haben nach dem Zusammenbruch der Verhandlungen in Schanghai eine neue Note an das chinesische Auswärtige Amt gerichtet, in der sie ihren Wunsch nach einer neuen Eröffnung der Verhandlungen ausdrücken, wobei man mit einer Beilegung des Schanghaier Zwischenfalls den Anfang zu machen habe. Falls die chinesische Regierung hiermit einverstanden sei, erklären sich die Gesandtschaften bereit, neue Instruktionen von ihren Regierungen eingeholen, um die übrigen Vorschläge der chinesischen Delegation in Schanghai in freundschaftlichstem Sinne zu prüfen. Wie „Manchester Guardian“ aus Schanghai erfährt, hat die dortige chinesische Handelskammer beschlossen, die Läden und Banken wieder zu öffnen. Nach einer anderen Meldung aus Schanghai heißt es jedoch, daß die Handelskammer zwar bereit sei, die Streitigkeiten beizulegen, daß aber die Studenten so stark dagegen seien, daß die Streiklage unverändert bleibe. Auch in Tschang bereiten die Studenten fremdenfeindliche Kundgebungen vor. In Kanton sei die Atmosphäre mit Erregung geladen.

Aus Schanghai wird noch gemeldet: Die Lage ist im allgemeinen ruhig. Die fremdenfeindliche Propaganda geht ungedindert weiter. Der Schiffsverkehr dauert an. Die Streikenden locken Chinesen, die bei japanischen Unternehmern beschäftigt sind, in die Vorstadt Chapai, wo sie ausgeplündert, geschlagen und erst nach Zahlung von Geld und dem Verprechen, ihre bisherige Beschäftigungsstelle aufzugeben, freigelassen werden.

In Kiating haben die Streikenden einen Beschluß gefaßt, an Engländer und Japaner keine Kohle zu verkaufen.

In Swatow dauern die fremdenfeindlichen Kundgebungen an.

In Futschau wurde ein Boykott gegen die Japaner beschlossen. (Der Zeitpunkt des Beginns ist noch nicht festgesetzt.)

Die Organisation des Kommunisterroses in Bulgarien.

Sofia, 20. Juni. Der Kriegsminister General Wotoff hat in der Sobranje über die Organisation des Kommunisterroses u. a. noch folgendes erklärt: Ganz Bulgarien war in drei Revolutionsgebieten geteilt. In jedem Gebiet gab es eine politische und eine Militärabteilung, die von Kommunisten geleitet waren. Ihnen stand ein Stab von Psychikern und auch mehrere Bandenführer zur Verfügung. Nicht alle Verschwörer und Beteiligten sind festgenommen worden, da ein großer Teil ins Ausland flüchtete.

Der Prozeß gegen die kommunistischen Verschwörer vor dem Kriegsgericht in Plewen ist beendet. Der Staatsanwalt beantragte Todesstrafe gegen 10 Kommunistenführer in dem nordbulgarischen Revolutionsgebiet.

Jahrtausendfeiern in Koblenz, Bonn und München.

Koblenz, 20. Juni. Die Stadt am Rhein hat sich zur Jahrtausendfeier ihr schönstes Festkleid angelegt. In allen Straßen wehen Fahnen, am Bahnhof ist ein Wald von Fahnenstangen und ein großer Triumphbogen errichtet. Auch die Rheinwerft und die Festhalle sind reich geschmückt. Auf allen Straßen strömen Besucher zu Fuß und zu Wagen in die Stadt. Jeder Dampfer bringt neue Besucher. Der Himmel läßt sich auf, so daß sich die Festlichkeiten des Tages programmäßig abwickeln können. Am Morgen veröffentlichte der Oberbürgermeister einen Aufruf an die Bevölkerung der Stadt, worin er lebhaft bedauert, daß es nicht möglich war, allen Einwohnern Gelegenheit zur Teilnahme an der Jahrtausendfeier zu geben, da die geplanten öffentlichen Kundgebungen und Volksfeste von den Besatzungsbehörden nicht gestattet wurden. Außerdem weist der Oberbürgermeister noch einmal darauf hin, daß alle Versammlungen auf offener Straße, die den Charakter oder Anschein einer militärischen Parade haben könnten, z. B. Umzüge mit Musik, verboten sind. Auch das Absingen des Deutschlandliedes ist ausdrücklich untersagt, desgleichen alle politischen Reden, sofern sie als geeignet angesehen werden, die Würde der Besatzungsbehörde und der Besatzungstruppen zu beeinträchtigen.

Bonn, 20. Juni. Die von der Universtität und der Studentenschaft veranstaltete Jahrtausendfeier nahm heute vormittag mit einem Festakt in der Festhalle unter Anwesenheit der Minister Dr. Brüder und Dr. Brüder, sowie des Ministers Siegelwald ihren Anfang. Geheimrat Dr. Wolschke hielt einen längeren Vortrag über die rheinische Geschichte im vergangenen Jahrtausend. Zum Schluß forderte er die rheinische Jugend auf, wie so viele hervorragende Männer gerade an rheinischen Hochschulen, im Dienste des Vaterlandes an dessen Wiederaufbau mitzuarbeiten.

Die Universtität München beging am Sonnabend vormittag ihr Stifterfest verbunden mit der Feier des tausendjährigen Jubeljahres der Rheinlande des Deutschen Reichs.

Die Rheinlandkommission fordert die Auflösung der deutschböhmischen Jugendverbände.

Koblenz, 20. Juni. Die Rheinlandkommission hat die Auflösung des deutschböhmischen Jugendbundes und sämtlicher Jugend- oder Propagandaverbindungen, die der deutschböhmischen Freiheitsbewegung angeschlossen sind, im besetzten Gebiet angeordnet.

Graf Cesare Sforza verhaftet.

Blättermeldungen aus Mailand zufolge wurde Graf Cesare Sforza, der Bruder des früheren italienischen Außenministers, wegen Propaganda gegen die Staatsverrichtungen verhaftet. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung wurden zahlreiche Broschüren und geheime Aufzeichnungen beschlagnahmt. Außerdem wurden zwei Bildnisse Matteottis aufgefunden, die bei der Erinnerungsfeier zum Jahrestag des Todes Matteottis, die in der Stadtkapelle der Familie Sforza stattfand, zur Ausschmückung des Raumes geblieben hatten.

Diese Meldung erregt besonderes Aufsehen dadurch, daß in der Kammerkündigung am Samstag Mussolini ausdrücklich einen scharfen Wortwechsel mit dem Abgeordneten Olinto schwere Beleidigungen gegen seinen Vorgänger Graf Sforza ausließ. Mussolini bezeichnete ihn als Lügner und Verräter. Man kann auf die Erwiderung des Grafen gespannt sein, da sie einen interessanten Moment der italienischen Außenpolitik, die Aufgabe Valonas, klären wird.

Der ehemalige Minister des Äußeren, Graf Sforza, hat an den Senatspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in welchem er erklärt, er werde den Ministerpräsidenten wegen der schweren Beschuldigungen, welche dieser in der Kammer gegen ihn wegen seiner politischen Aussagen erhoben habe, interpellieren. In seiner Mitteilung erklärt sich Graf Sforza bereit, vor dem Senat über seine gesamte Tätigkeit als Minister des Äußeren Rechenschaft abzulegen.

Attentat auf den polnischen Botschafter.

Im polnischen Konsulat in Essen wurde am 20. d. M. nachmittags von dem Polen Chastel Bergler auf den polnischen Botschafter Deschastel ein Revolveranschlag verübt. Bergler, der die polnische Staatsangehörigkeit verloren hat, wurde von dem Botschafter in dieser Angelegenheit empfangen und gab im Verlauf der Unterredung drei Schüsse auf den Botschafter ab. Eine Kugel traf diesen in der Bauchgegend. Der Täter dem-

eb.
onten.
en
ge.
str. 40
en.
Aue
8 Uhr
mlung
assenbericht,
tag, Anträge,
gegen
nick, 1. Vors.
Erleichterte Zahlungsbedingungen.
Haus
Aue
man die
chine!
arate
ums
tten
ann
259.
t will
oleum,
artikeln im
rger Str. 19
ertallen
en.
dmanisch
egt.
Gerspr. 653.
e Schube
en
auch)
m. einzelne
Waisen
g, Aue